



# KALTLAND REPORT



Wahljahr 2024

## Ausweitung der Gefahrenzone

**Das Wahljahr 2024 in Thüringen ging mit alarmierend vielen Angriffen auf demokratisch Engagierte und zunehmender Gefahr rechter Gewalt einher.**

Besonders Menschen, die aufgrund rechter, rassistischer und antisemitischer Ideologien als Feindbilder gelten, sehen sich verstärkt Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt.



Häufig sind Politiker\*innen demokratischer Parteien betroffen. Bereits Anfang des Jahres gab es eine mutmaßlich rechte Anschlagsserie auf Wahlkreisbüros von *Die Linke*, *Bündnis/ Die Grünen* und *SPD*. Der Höhepunkt war der Brandanschlag im Landkreis Gotha auf das Haus des *SPD*-Kommunalpolitikers Michael Müller, welcher auch Proteste gegen Rechts mitorganisiert hatte. Diese Angriffe sind nicht nur Einschüchterungsversuche – sie bedrohen Familien, Mitarbeitende und Nachbar\*innen der Politiker\*innen.

Im Kommunal- und Landtagswahlkampf setzten sich die Angriffe fort. Zusätzlich kam es zu Übergriffen, wie Anfang Juni, als ein *Linken*-Politiker in einem Supermarkt in Eisenberg

**»Die Hemmschwelle für Gewalt sinkt, und radikale Kräfte fühlen sich zunehmend motiviert.«**  
M. Müller

beschimpft, bedroht und angegriffen wurde. Ende Juli blockierten 15 Neonazis nach einer *AfD*-Wahlkampfveranstaltung das Wahlkreisbüro der *Linkspartei* in Greiz und versuchten, in den Innenhof zu stürmen.

Diese Angriffe sind Teil einer besorgniserregenden Kontinuität. Seit Jahren sind demokratische Politiker\*innen zunehmend rechtem Hass, Hetze und Bedrohungen ausgesetzt. Extrem rechte Mobilisierungen, insbesondere im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, wirkten hier wie ein Katalysator. Extrem rechte Feindbildmarkierungen, vor allem vorangetrieben durch die *AfD*, spielen eine zentrale Rolle. Narrative wie »Altparteien« oder »Kartellparteien« stigmatisieren demokratische Politiker\*innen als »Verbrecher«, die »weggesperrt« oder – wie bei den sogenannten Bauernprotesten symbolisch geschehen – an Galgen aufgehängt werden sollten.

”

Ich **wünsche mir** einen **Aufstand der Vernünftigen**, um gemeinsam ein starkes **Zeichen gegen Hass und Ausgrenzung** zu setzen.

Die Masse muss **verstehen**, dass **jetzt der Zeitpunkt** ist, **aufzustehen** und den Hintern vom Sofa zu bekommen.

Dafür ist es wichtig, dass sich **mehr Menschen** an den demokratischen Prozessen **beteiligen** und dass die Strukturen der Parteien, Parlamente und anderen Beteiligten dies auch ermöglichen.“

**Michael Müller**

Kommunalpolitiker aus Thüringen



RAA  
SACHSEN

ezra

Opferperspektive

VBORG

Diese Feindbilder und die daraus resultierenden Angriffe stellen nicht nur eine akute Bedrohung für demokratische Politiker\*innen und Engagierte dar, sondern gefährden die Demokratie selbst. In dieser angespannten Situation ist es entscheidend, den Forderungen der Betroffenen Gehör zu schenken. So rief Michael Müller nach dem lebensbedrohlichen Anschlag auf sein Haus dazu auf, die Demokratie zu verteidigen, und forderte einen »Aufstand der Vernünftigen«. ◀

**Bild oben links:** Angriff auf das Saalfelder Jugend- und Wahlkreisbüro *Haskala* der Partei *Die Linke* am 18.01.2024.

**Bild oben mittig:** Angriff auf das SPD-Wahlkreisbüro von Diana Lehmann in Suhl am 18.02.2024.

## KALTLAND REPORT

### Inhalt

- 1 **THEMA**  
Wahljahr 2024:  
Ausweitung der  
Gefahrenzone
- 4 Gefährdete  
Sicherheit –  
Beratungsstellen  
fordern mehr  
Unterstützung
- 5 **CHRONIK**
- 8 **PROZESS-  
BEOBACHTUNG**
- 11 **KOOPERATIONS-  
PARTNER\*INNEN**
- 15 **BERATUNGSALLTAG**
- 17 **RÜCK- UND  
AUSBLICKE**
- 21 **ELLY**
- 23 **IMPRESSUM**

# Gefährdete Sicherheit

## Beratungsstellen in Thüringen fordern mehr Unterstützung

Die Mehrheitsverhältnisse haben sich weiter zugunsten extrem rechter Positionen verschoben. Mit Blick auf Sachsen, Thüringen und Brandenburg warnen die fachspezifischen Gewaltopferberatungsstellen nach den Landtagswahlen vor einem Flächenbrand rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe, der in Thüringen an Höchststände im unabhängigen Monitoring anschließt. Der zeitgleiche massive Anstieg bei erbrachten Beratungs- und Unterstützungsleistungen durch *ezra* hat jetzt schon zur Folge, dass nicht mehr in allen Fällen ein zeitnahe Beratungsangebot gemacht werden kann. Dies verschärft sich aktuell massiv, da weder der Bundes- noch der Landeshaushalt beschlossen sind, welche für die Förderstruktur von professionellen Opferberatungsstellen wie *ezra* elementar sind. Aktuell gehen wir davon aus, dass wir nur eine Teilbewilligung erhalten werden, der die Beratungsstelle nur in der ersten Jahreshälfte von 2025 absichern wird. Hinzu kommt, dass laufende und anstehende Regierungsbildungen in

Thüringen und im Bund einen Haushaltsbeschluss weiter verzögern könnten, wodurch die Lage extrem prekär bleiben wird.<sup>1</sup>

*ezra* warnt: Die Versorgung von gewaltbetroffenen Menschen in Thüringen ist nicht bedarfsgerecht abgedeckt. Dabei ist Opferschutz ein elementarer Teil von Sicherheitspolitik, der in Zeiten einer öffentlichen Debatte, die von den rassistischen Narrativen der rechtsextremen Thüringer *AfD* bestimmt wird, eine gefährliche Ignoranz erfährt. Statt die Lebensumstände der Betroffenen durch regressive und autoritäre Maßnahmen weiter zu verschärfen, braucht es unter anderem eine finanzielle Absicherung und den Ausbau von professionellen Unterstützungsstrukturen. Der Staat hat die Pflicht, marginalisierte Menschen und Minderheiten zu schützen.

Lasst die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt nicht allein! ◀

<sup>1</sup> Diese Unsicherheiten werden sich perspektivisch verschärfen, auf Grund der aktuellen Mehrheitsverhältnisse.

# CHRONIK & JAHRES- STATISTIK

## Rechte Angriffe



Neben der Beratung ist das Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten eine zentrale *ezra*-Aufgabe. Seit der Gründung der Opferberatungsstelle 2011 wird jährlich eine Statistik veröffentlicht, die trotz vermuteter hoher Dunkelziffer ein realistischeres Bild des Ausmaßes rechter Gewalt in Thüringen zeichnen soll. In dieser werden Fälle mit einem rechten, rassistischen oder antisemitischen Motiv gezählt. Zu den rechten Tatmotiven gehören u. a. Queerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und die Abwertung politischer Gegner\*innen. Hier ist *ezra* für die Beratung nach physischen Gewalttaten, d. h. Körperverletzungen und (versuchte) Tötungen, sowie nach Bedrohungen und nach massiven Sachbeschädigungen zuständig. Diese Tatbestände fließen in die Statistik ein.

*ezra* arbeitet nach Qualitätsstandards, die durch den *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt (VBRG)* festgelegt werden. Diese orientieren sich an der Definition des Bundeskriminalamts zu »Poli-

*tisch motivierter Kriminalität – rechts*«. Dass sich veröffentlichte Zahlen von *ezra* und staatlichen Stellen (z. B. dem *Landeskriminalamt*) unterscheiden, hat diverse Gründe, u. a. dass *ezra* auch massive Bedrohungen zählt. Zudem spielt die Perspektive der Betroffenen eine zentrale Rolle. Außerdem werden Fälle erfasst, die aus Angst vor Rache, fehlendem Vertrauen in staatliche Institutionen oder aufgrund unsicherer Aufenthaltstitel nicht zur Anzeige gebracht werden.

Auf der *ezra*-Webseite findet sich ergänzend eine Chronik rechter Vorfälle. Nicht alle dort veröffentlichten Fälle fließen in die Statistik ein. So umfasst die Chronik auch Fälle rechter Raumnahme, um zu verdeutlichen, dass rechte Gewalt durch gesellschaftliche Stimmung legitimiert wird. Gleichzeitig sind in der Statistik zusätzliche Fälle enthalten, die nicht in der Chronik veröffentlicht sind, z. B. weil Beratungsnehmende einer Veröffentlichung nicht zugestimmt haben. ◀ [www.ezra.de/chronik](http://www.ezra.de/chronik).

## Saalfeld

**Schaufenster des Jugend- und Wahlkreisbüros *Haskala* eingeschmissen**

---

**18.1.2024**

Beim Saalfelder Jugend- und Wahlkreisbüro *Haskala* (*Die Linke*) wird in der Nacht das Schaufenster eingeschmissen. In diesem hängen seit Oktober 2023 Bilder der israelischen Geiseln, die von der *Hamas* entführt wurden.

## Floh-Seligenthal

**Bedrohung und Beleidigung bei Ministerbesuch**

---

**15.2.2024**

Im Rahmen der Thüringen-Reise von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck besucht dieser die Ortschaft Floh-Seligenthal. Anlässlich des Besuchs versammeln sich rund 50 Personen zum Protest und blockieren zeitweise die Zugänge für Journalist\*innen. Diese werden beleidigt und bedroht sowie an der weiteren Arbeit gehindert.

## Nordhausen

**Bedrohung und Beleidigung gegen Muslima**

---

**Frühjahr 2024**

Eine muslimische Studentin der Sozialen Arbeit der *Fachhochschule Nordhausen* absolviert ein Praktikum bei der

*Diakonie Nordhausen*. Als sie mit dem Auto unterwegs ist, wird sie von einer Frau an einer Ampel rassistisch beleidigt und bedroht.

## Arnstadt

**Frau beleidigt Kind rassistisch, schubst und tritt es**

---

**27.3.2024**

Eine Frau greift ein 9-jähriges Kind im Innenhof an, schubst es weg und tritt gegen sein Bein. Dabei ruft sie rassistische Beleidigungen. Als die Eltern um eine Entschuldigung bitten, lehnt sie diese aggressiv ab und wiederholt ihre rassistischen Beleidigungen.

## Erfurt

**Bedrohung bei israelfeindlicher Demonstration**

---

**18.5.2024**

Bei einer israelfeindlichen Demonstration wird eine Person des Gegenprotestes durch ein\*en Teilnehmer\*in bedroht und beleidigt.

## Rudolstadt

**Bedrohung bei AfD-Wahlkampfstand**

---

**23.5.2024**

In der Innenstadt findet ein Infostand der *AfD* statt. Ein\*e Anwohner\*in beschwert sich, dass dieser vor ihrem Geschäft steht. Daraufhin wird sie von

einer Person an dem Infostand beleidigt und bedroht. Ihr wird u. a. mit »Buchenwald« gedroht.

## Gotha

### Angriff auf Obdachlosen

---

**7.6.2024**

Aus einer fünfköpfigen Gruppe heraus greift ein Mann in der Bahnhofsvorhalle einen Obdachlosen an und schlägt auf diesen ein.

## Weimar

### Queerfeindlichkeit: Mann wird von mehreren Personen geschlagen

---

**27.6.2024**

Auf dem Heimweg hält der Betroffene seinen Partner an der Hand und küsst diese. Die beiden werden von einer Gruppe angesprochen und homo-feindlich beleidigt. Einer der Täter schlägt zu. Der Betroffene versucht wegzulaufen und wird von der Gruppe eingeholt. Drei Täter schlagen auf ihn ein.

## Eisenberg

### Rassistischer Angriff auf Ukrainerin

---

**11.7.2024**

Ein 36-Jähriger greift eine 75-jährige Ukrainerin an, beleidigt sie rassistisch und ruft »Heil Hitler«. Ein vorbeifahrender Mann greift ein und kommt der

älteren Frau zur Hilfe. Der Angreifer attackiert nun auch den Mann und dessen Auto. U. a. auf Grund von indizierter Musik gab es vorher bereits einen Polizeieinsatz an der Wohnung des Täters.

## Altenburg

### Brandanschlag

---

**1.8.2024**

In zwei Mehrfamilienhäusern werden in der Nacht Brände gelegt. Da es sich bei den Gebäuden um Häuser handelt, welche primär durch Migrant\*innen bewohnt sind, kann ein rassistisches Tatmotiv nicht ausgeschlossen werden.

## Weimar

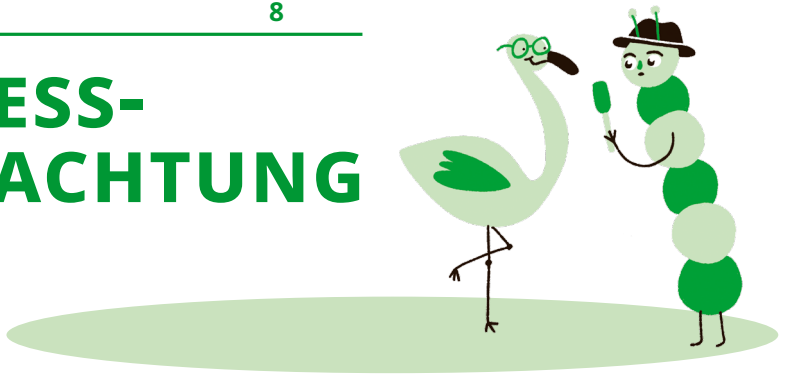
### Morddrohungen gegen Leiter der Gedenkstätte Buchenwald

---

**20.8.2024**

An einer *Todesmarsch*-Stele an der *Gedenkstätte Buchenwald* wird ein Foto des Leiters der Gedenkstätte angebracht. Zusätzlich erhält er wiederholt Drohbriefe.

# PROZESS- BEOBACHTUNG



## Knockout-51

### Prozessbeobachtung am Oberlandesgericht Jena

Das Urteil des Thüringer Oberlandesgerichts (OLG) im Fall der Neonazi-Gruppe *Knockout-51* vom 1. Juli sorgte für Ernüchterung. Trotz langer Verhandlungen erhielten die Angeklagten milde Strafen. Mit drei Jahren und zehn Monaten Freiheitsstrafe erhielt Rädelführer Leon R. die höchste Strafe – er wurde jedoch bis zu seinem Haftantritt auf freien Fuß gesetzt. Für die anderen drei Angeklagten hatte das Gericht die Untersuchungshaft mit der Begründung der »Unverhältnismäßigkeit« bereits im April aufgehoben. Zudem wurde das Kriterium der »terroristischen Vereinigung« gemäß §129a StGB nicht in die Hauptverhandlung aufgenommen – obwohl die Bundesanwaltschaft (GBA) bei *Knockout-51* die Bereitschaft zu tödlicher Gewalt feststellte und die Gruppe als *terroristische Vereinigung* einstufte. Positiv zu bewerten ist zudem, dass die GBA auf

die unterschätzte Gefahr durch rechts-extreme Kampfsportgruppen hinwies.

Der Staatsschutzsenat argumentiert hingegen mit einer Täter-Opfer-Umkehr: Die Gewaltbereitschaft und Radikalisierung der Neonazi-Kampfsportgruppe sei eine Reaktion auf die Bedrohungen durch die linke Szene. Diese Darstellung betreibt ein Narrativ der »Kämpfe extremistischer Lager« und letztlich Täter-Opfer-Umkehr, da der »linken Szene« die Verantwortung für die – gegen sie gerichteten – Tötungsfantasien der Neonazis übertragen wird. Die Ideologie von *Knockout-51* wurde darüber hinaus verharmlosend als »rechtsextremes Weltbild« bezeichnet. Dies ist ebenso zu kritisieren, wie die fehlende Einordnung der Ideologie als menschenverachtend. Dabei wurde diese durch abgespielte Telekommunikationsaufnahmen immer wieder belegt.

Das Gericht folgte somit dem entpolitisierten und verharmlosenden Narrativ der bekannten Szene-Anwälte der Neonazis. Eine Nebenklage, die der Täter-Opfer-Umkehr widerspre-

chen und ein differenzierteres Bild der Neonazi-Gruppe hätte zeichnen können, fehlte leider. Es ist anzunehmen, dass Betroffene belastende Aussagen vermieden, was die noch immer bestehende Hegemonie rechter Kräfte in Eisenach offenbart. Einschüchterungsversuche von Zeug\*innen und dominantes Auftreten von Neonazis am Gericht – insbesondere zu Beginn des Verfahrens – unterstreichen dies.

Während sich die Verteidigung aufgrund der milden Urteilsauslegung zufrieden zeigte, bemängelte die GBA mehrfach eine mangelnde Professionalität des Gerichts und legte Revision ein. Für diese ist der Bundesgerichtshof (BGH) zuständig, welcher bereits kurz vor dem Urteil feststellte, dass die Gruppe durchaus terroristische Züge habe und Tötungsabsichten sowie die Waffenproduktion berücksichtigt werden müssten.

Doch selbst wenn das Urteil später aufgehoben werden sollte, bleibt die Gefahr rechter Gewalt in Eisenach. Die Beteiligten kehrten in ihre alten Strukturen zurück, und die niedrigen Strafen bestärken die rechte Szene. ◀

## Signale der Thüringer Justiz

»Mittlerweile erhoffe ich mir nichts mehr ... ◀«

Als Berater bin ich froh, dass der Betroffene das Verfahren gegen seinen Angreifer nicht miterleben musste. Die Verhandlungsführung war schwer auszuhalten. Damit sendet das Gericht ein fatales Signal an die Neonazi-Szene. Aber von vorn:

M. möchte in den Zug steigen. Als sich die Türen öffnen, blockiert ein kräftiger Mann den Weg und hindert M. mit den Worten: »Du kommst hier nicht rein, K\*\*\*« am Einsteigen. Es fallen weitere rassistische Beleidigungen. Dann schlägt der Angreifer M. mehrfach brutal mit seinen Fäusten ins Gesicht, bricht ihm die Nase, würgt ihn mit beiden Händen. Erst die umstehenden Zeug\*innen können den Täter von M. abbringen.

Der Täter kann vor Ort von der Polizei noch gefasst werden. Mehrere Zeug\*innen stellen sich für eine Aussage zur Verfügung. Es gibt eindeutiges Videomaterial. Trotzdem dauern die Ermittlungen. Erst zweiinhalb Jahre später wird der Fall am Amtsgericht verhandelt. Eine extrem belastende Zeit für den Betroffenen. Er ist verunsichert, hat Angst, dass der Angriff von den Behörden einfach vergessen wird, ist wütend darüber, dass



es so lange dauert, der Täter keine Konsequenzen spürt und hat irgendwann den Wunsch, nichts mehr damit zu tun haben zu müssen.

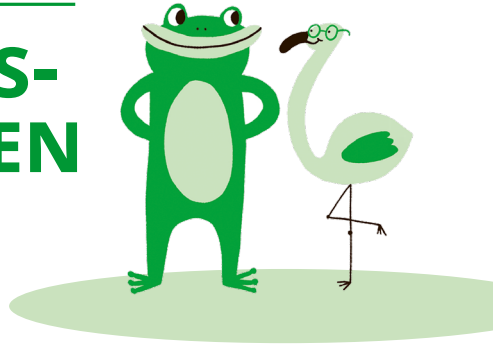
Der Angriff wird schließlich in Berufung am Landgericht Erfurt verhandelt. Die Tatumstände und die Tatmotivation sind eindeutig. Der Täter R. ist kein Unbekannter. Er trat in der Vergangenheit im Kontext der Neonazi-Gruppe *Neue Stärke Erfurt* in Erscheinung und hat 13 z. T. einschlägige Eintragungen im Bundeszentralregister: Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Körperverletzung.

Trotz dieser Vorstrafen und der Brutalität der Tat verhängt das Landgericht Erfurt nur eine Geldstrafe. Für den Betroffenen ist dies nicht nachvollziehbar. Bei ihm hinterlässt die Tat bis heute deutliche Spuren. Auch die Botschaft an die Neonazi-Szene ist fatal:

Ihr habt nichts zu befürchten.

Während der Verhandlung spielt die rassistische Motivation kaum eine Rolle, die Tat wird durch das Gericht entpolitisiert. Es sorgt sich mehr darum, ob der Täter künftig noch als Fan an den Auswärtsspielen »seines« Fußballvereins teilnehmen kann. Der Fall endet mit der Einschätzung des Betroffenen: *»Ich hatte lange Zeit Angst, dass das, was mir passiert ist, für den Täter überhaupt keine Konsequenzen hat. Mittlerweile erhoffe ich mir nichts mehr von der Justiz.«* ◀

# KOOPERATIONS- PARTNER\*INNEN



## AntiRaktiv

### Von Betroffenen für Betroffene



*AntiRaktiv* ist das erste qualifizierte überregionale Antirassismus-Projekt in Ostdeutschland, das aus migrantischen Strukturen und Perspektiven heraus etabliert wird. *AntiRaktiv* ist ein Beratungsangebot für Menschen mit Migrationsgeschichte in Thüringen, das sich den Kampf gegen Rassismus zum Ziel erklärt hat. Wir wollen in und abseits der Städte Erfurt, Jena und Weimar Orte der Unterstützung, Bildung und Hilfe gegen Rassismus schaffen. [www.antiraktiv.de](http://www.antiraktiv.de)

### **CbB – Community-basierte Beratung**

Ihre Prinzipien: Parteiisch. Vertrauensvoll. Solidarisch. Niedrigschwellig. Mehrsprachig. Professionell. Intersektional. *CdB* stärkt Deine Handlungsfähigkeit gegen Rassismus. Du bekommst professionelle Unterstützung von Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind und Deine

Person, Herkunft und Kultur wertschätzen. Du kannst geschützt und offen über Deine Anliegen und Erfahrungen sprechen.

Die Beratung ist vertraulich und kostenlos. Wir sind mehrsprachig und arbeiten nach Bedarf mit Sprachmittlung. Alles, was du sagst, bleibt geschützt und auf Wunsch anonym. Wir zweifeln Deine Version des Geschehens nicht an. Wir sind unabhängig und keine Behörde. Wir stehen an Deiner Seite und unterstützen Dich.

**Empowerment-Workshops und Braver/Safer Spaces\*** für Austausch, Netzwerkaufbau und Empowerment zur eigenen Handlungsfähigkeit gegen Rassismus.

**Qualifizierung von Migrant\*innen-Organisationen** in ostdeutschen Bundesländern, um eigene hauptamtliche Strukturen für Community-basierte Antirassismuserbeit aufzubauen und zu etablieren. ◀



# Raus aufs Land

## Antidiskriminierungsberatung in Thüringen 2.0



Benachteiligung und diskriminierende Handlungen können überall existieren und werden kaum genug erkannt und insbesondere nicht aufgearbeitet oder sanktioniert. Hier ein Fall von *Raus aufs Land*.

### Diskriminierung im Krankenhaus

Die Ratsuchende (RS) P. Sanchez ist in einer akuten Notsituation ins Krankenhaus gebracht worden. Hier wurden ihr anfangs Medikamente verabreicht, die ihr Körper dreimal nicht aufnahm. Bei Ankunft im stationären Zimmer wurde ihr gleich vermittelt, sie sollte doch bitte den Notfallknopf nicht unnötig betätigen. Mit dem Satz *»wenn du nicht deutsch sprichst, dann gehe ich raus«*, wurde ihre ernsthafte gesundheitliche Situation sowie der Versuch einer Erklärung der Verabreichung erneut falscher Medikamente per Übersetzungsapp am Telefon der RS in einer Abteilung ignoriert. Ihre körperliche Verfassung verschlechterte sich und nur mithilfe des deutschsprachigen Freundes konnte Schlimmeres verhindert und P. Sanchez in die entsprechende Abteilung verlegt werden. Diese Situation kann als Diskriminierung aufgrund der Sprache und der ethnischen Herkunft gedeutet werden und ist nicht zu akzeptieren.

### Wie ging es weiter?

Dank *EmpowerMensch* kam der Fall zu uns, wir konnten P. Sanchez beraten. Doch auch im vereinbarten Vermittlungsgespräch mit der dortigen Beschwerdestelle, involvierten Akteuren und Unbeteiligten erfuhr die Ratsuchende eine Verharmlosung der Diskriminierungssituation und keinen entsprechenden Umgang oder Lösungsansatz. Nach erfolglosem Schriftverkehr auch mit einer dortigen Anwältin konnte kein Ergebnis zugunsten der RS erwirkt werden.

Nun sind weitere Institutionen involviert und Zuständigkeiten werden miteinander abgewogen. Die nun andere Art der Belastung ihrerseits und dem fehlenden Eingeständnis und Entschädigung seitens der diskriminierenden Akteure wird zu wenig gesehen, und kaum ernsthaft aufgearbeitet.

Letztlich entscheidet P. Sanchez und jede von Diskriminierung betroffene Person selbst, inwieweit sie ihre Situation weiterverfolgen und mit einem unzureichenden Ergebnis fortsetzen oder dies schließlich beenden möchte oder gar zu ihrem Recht kommt und ihre Situation anerkannt wird.

Du hast das Recht auf Gleichbehandlung und Respekt. Und du kannst es einfordern. ◀



## Community-basierte Unterstützungsstrategien nach rechten Angriffen

Community-basierte Unterstützung betont die Bedeutung lokaler Verantwortung und des kollektiven Handelns. Sie zeigt, dass der Widerstand gegen rechte Gewalt nicht nur Aufgabe der Betroffenen selbst ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung darstellt. Durch gemeinsames Engagement wird Solidarität gezeigt. Eine widerstandsfähige und integrative Gesellschaft wird greifbar.

In Thüringen schildern Betroffene rechter Gewalt in Schmölln und Altenburg im Vorfeld der Landtagswahlen die Bedeutung solidarischer gemeinsamer Strategien.

Ein Angriff in Schmölln im Juli 2024 gab einem lokalen Netzwerk den Anstoß, die App *Safe Now* zu etablieren. Diese ermöglicht es angegriffenen oder bedrohten Personen, andere Nutzer\*innen der App schnell zu alarmieren und ihre Position mitzuteilen. Die durch die App hinzugerufenen Menschen können vor Ort weitere Unterstützung organisieren und als

Zeug\*innen zur Verfügung stehen. Eine in der Vergangenheit angegriffene Person, beschreibt »die Möglichkeit, die App zu nutzen, gibt mir mehr Sicherheit im Alltag. Es macht einen verstärkenden Unterschied, solidarische Menschen direkt informieren zu können und eine Rückmeldung zu bekommen, wer auf dem Weg zu mir ist.«

Das Engagement von Menschen des Vereins *AbLI e. V.* trug nach rechten Angriffen Anfang August 2024 in Altenburg zur Stärkung einer solidarischen Community bei. Intensive Öffentlichkeitsarbeit machte rechtsmotivierte Brandanschläge öffentlich sichtbar. Dies gab den Anstoß zu zahlreichen Unterstützungs- und Solidaritätsbekundungen für die Betroffenen. Akef Otari (Gründer *AbLI e. V.*) dazu: »Die Solidarität der Gesellschaft macht uns stärker und gibt uns das Gefühl, dass Altenburg wirklich unsere neue Heimat ist. Durch die Unterstützung und den Zusammenhalt spüren wir, dass wir hier nicht allein sind, sondern Teil einer Gemeinschaft, die uns trägt und uns Sicherheit gibt.« ◀

## RIAS Thüringen



Die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen* erfasst anti-

semitische Vorfälle im Freistaat und unterstützt Betroffene. Auf wissenschaftlicher Basis und anhand der *IHRA*-Arbeitsdefinition dokumentiert *RIAS* Antisemitismus und informiert u. a. durch die Publikation von Jahresberichten und Podiumsveranstaltungen über das Lagebild im Bundesland.

Das Herzstück der *RIAS*-Statistiken bilden Vorfallmeldungen aus der Zivilgesellschaft. Diese Meldungen werden niedrigschwellig aufgenommen – also bspw. unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz. *RIAS* steht hierbei parteiisch an der Seite der Betroffenen und Zeug\*innen und verweist auf Wunsch an Beratungsangebote wie z. B. *ezra*.

Im Jahresbericht 2023 musste *RIAS Thüringen* eine erneute Steigerung antisemitischer Vorfälle im Freistaat feststellen. Eine signifikante Auswirkung hatte hierbei der Terrorangriff der *Hamas*. So wurden 125 der 297 Gesamtvorfälle nach dem 07.10.2023 gemeldet. Außerdem belegen die Zahlen eine zunehmende Verlagerung vom digitalen in den analogen Raum. Beinahe die Hälfte der dokumentierten Vorfälle fanden auf der Straße statt. Das Vorfalleschehen deutet zudem auf die gesamtgesellschaftliche Verbreitung von Antisemitismus hin. Die Meldungen reichen von antisemitischen Stickern aus der Fußballszene, über beschädigte Stolpersteine bis hin zu israelfeindlichen Graffiti an Bildungseinrichtungen.

Unterstützt *RIAS* bei der Dokumentation von Antisemitismus in Thüringen und meldet Vorfälle unter [www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de)! ◀

# Meldet antisemitische Vorfälle!



# BERATUNGS- ALLTAG



## Ankommen in Thüringen

### Zustände der Erstaufnahme- einrichtung Suhl

Es ist dunkel. Menschen warten in der Kälte an einer Zugangsschleuse auf Einlass. Sie möchten auf ihre Zimmer, haben Einkäufe dabei. Sie werden aber nicht reingelassen. »Alter fass die Tür nicht an, sonst brech ich dir die Pfote«, ist es vom »Sicherheitsmitarbeiter« zu hören. Ein Wartender hält



die Drohungen und Drangsalierungen irgendwann nicht mehr aus: »Du bist ein Rassist«. Der Secu erwidert: »Willkommen in Deutschland«. Dann eskaliert die Situation. Der Sicherheitsmitarbeiter muss von einem Kollegen unter Anstrengung von einem Angriff abgehalten werden. Die Situation, die sich vor zwei Jahren abspielte, steht beispielhaft für Situationen in der *Erstaufnahmeeinrichtung (EAE)* und den Umgang des Sicherheitsdienstes mit den Bewohner\*innen.

Die *EAE* in Suhl steht immer wieder in der Kritik, häufig ist diese jedoch von rassistischen Ressentiments begleitet. Weniger Aufmerksamkeit erfahren die Zustände in der Einrichtung und die Perspektiven der Menschen, die dort untergebracht werden.

Dabei fällt die *EAE* seit der Inbetriebnahme immer wieder mit unerträglichen Zuständen auf: mangelnde Grundausstattung an Nahrung und Hygiene, andauernde Überbelegung und damit einhergehend die Inkaufnahme einer extremen Gefährdung der Bewohner\*innen, bis hin zu mas-

siven rassistisch motivierten Vorfällen und Angriffen durch Sicherheitsmitarbeiter.

Mittlerweile arbeiten in der *EAE* auch migrantische Sicherheitsmitarbeiter. Diese berichten von alltäglichen rassistisch motivierten Schikanen, Beleidigungen, Diskriminierungen bis hin zu körperlichen Angriffen gegenüber den Bewohner\*innen. Auch sie selbst werden beleidigt, bedroht und diskriminiert.

Unhaltbare Zustände für eine *EAE*, in der besonders schutzbedürftige Menschen untergebracht sind. Passiert ist bisher jedoch nichts. Alle Versuche der Betroffenen und Unterstützer\*innen führen ins Leere. Im Gegenteil: Betroffene, die versuchen sich dagegen zu wehren, rücken schnell selbst in den Fokus.

Sich gewalttätig entladener Rassismus trifft hier auf institutionellen. Die Vorgesetzten und der örtliche Polizeibeamte sind Teil des Problems. Die Vergangenheit hat gezeigt: Auf Angriffe und Anzeigen folgen keine Konsequenzen, weder durch Justiz, noch durch das Landesverwaltungsamt oder politische Verantwortliche. Ein Freifahrtschein für die rechten Secu-Mitarbeiter.

In einer Nacht im Mai fühlen sich diese gemüßigt über Stunden in massiver Lautstärke das Lied von Gigi D'Agostino *L'amour toujours* abzuspielen und dazu »*Ausländer raus, ...*« zu grölen. Für

die migrantischen Sicherheitsmitarbeitenden ist dies irgendwann nicht mehr aushaltbar. Sie finden sich gemeinsam draußen auf dem Gelände der *EAE* ein und verweigern es, den Anweisungen der rassistischen Kollegen zu folgen. Ein Betroffener bleibt bis zum Schluss draußen. Er beendet seine Schicht und erstattet danach Anzeige bei der Polizei. Massive Bedrohungen und eine Gegenanzeige folgen. Seither laufen die Ermittlungen. Bisher noch ohne weiteren Kenntnisstand.

Währenddessen wenden sich zwei weitere Betroffene aufgrund von körperlichen Angriffen durch den Sicherheitsdienst an *ezra*. In einem Fall wird der Betroffene über Stunden massiv misshandelt und gedemütigt. Ein Verfahren ist bereits eingestellt – aufgrund »*mangelnden öffentlichen Interesses*«. ◀



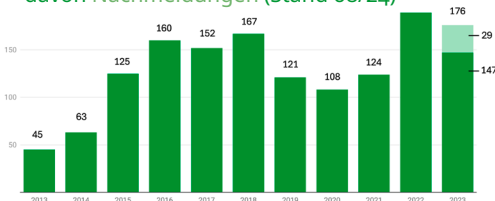
# RÜCK- UND AUSBLICKE



## Nachregistrierung zeigt: Mehr rechte Gewalttaten als bisher bekannt

*ezra* hat 2023 mehr rechte Bedrohung und Gewalttaten in Thüringen registriert als bisher bekannt. Dazu aktualisierte die Opferberatungsstelle im August ihre Jahresstatistik. Die Gesamtzahl stieg damit von 147 auf 176 Fälle. Dies ist die zweithöchste Zahl, die seit Beginn des unabhängigen Monitorings im Jahr 2011 in Thüringen erfasst wurde. Die besorgniserregenden Höchststände in 2022/2023 werden im Zusammenhang mit einem wachsenden Rückhalt für rechte Gewalttaten in der Bevölkerung gesehen, die mit hohen Zustimmungswerten und Wahl-

Anzahl der rechten Angriffe 2013 – 2023,  
davon Nachmeldungen (Stand 08/24)



Quelle: ezra - erstellt mit Datenwrapper

erfolgen für die rechtsextreme Thüringer *AfD* einhergehen.

Rassistische und antisemitische Bedrohungen und Gewalt erreichten sogar jeweils einen Höchststand. Mit 106 Angriffen bleibt Rassismus, wie auch in den Vorjahren, das Haupttatmotiv. Die Zahl antisemitischer Angriffe stieg auf 13 Fälle, womit sich diese im Vergleich zum Vorjahr sechsfach hat. Als Gründe werden die Normalisierung und weitere Entgrenzung von rassistischen Positionen sowie das antisemitische Pogrom am 7. Oktober 2023 in Israel gesehen.



## Thüringer Zustände 2023 Demokratie in Gefahr

Am 17. Juni 2024 haben *ezra*, *MOBIT*, *KomRex* und *IDZ* die Ausgabe der *Thüringer Zustände* für das Jahr 2023 veröffentlicht. Diese zeigt alarmierende Entwicklungen im Freistaat auf: Rechte



## Thüringer Demokratiepreis 2023

Gewalt bleibt auf einem Höchststand. Antisemitische Vorfälle nehmen nach dem 7. Oktober 2023 massiv zu. Rechtsextreme Szeneakteur\*innen sind hochaktiv und antidemokratische Bewegungen sind in der Fläche weit verbreitet. Zudem hat sich die *AfD* als »Volkspartei« etabliert. Damit stehen die demokratische Zukunft und der Schutz von marginalisierten Gruppen in Thüringen auf dem Spiel.

Die Herausgebenden fordern von demokratischen Politiker\*innen entschiedenes Handeln, welches Demokratieprojekte, die engagierte Zivilgesellschaft und die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützt. Zudem muss der Handlungsspielraum der in Thüringen als gesichert rechtsextremen geltenden *AfD* mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begrenzt werden. Die *Thüringer Zustände 2023* können als kostenlose Druckexemplare bei den herausgebenden Institutionen bezogen werden und stehen als digitale Version zum Download bereit.



Oumar Diallo  
zur Verleihung  
des Preises.  
Foto: TMBJS/  
Leon Glatzel

Herzliche Glückwünsche an Oumar Diallo! Der junge Mann wurde auf den Vorschlag unserer Beratungsstelle von der Jury für den Hauptpreis ausgewählt. In feierlichem Rahmen wurde dieser im Beisein vieler Engagierter von Minister Helmut Holter am 23. Mai 2023 im *Collegium Maius* übergeben. Die passende Laudatio hielt Dr. Jan Lemke, Präsident des Landeskirchenamtes der *Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands*.

Oumar Diallo wird für die Gründung der Initiative *Internationaler Tag gegen Rassismus 2022 Thüringen* sowie für das Sichtbarmachen struktureller Benachteiligungen von Rassismus betroffenen Menschen in Thüringen in verschiedenen Initiativen durch ein herausragendes persönliches Engagement ausgezeichnet. Mittlerweile hat er ein Studium außerhalb von Thüringen begonnen, was seinen Blick auf seine ostdeutsche Erfahrung schärft. Mit Erfurt verbinden ihn einschneidende als auch freudige und stärkende Momente und Beziehungen. Er sagt selbst, dass Erfurt seine Heimat, sein Zuhause, bleibt.

Wir sind glücklich, dass wir einen kleinen Teil dazu beitragen konnten,

dass die positiven Erfahrungen für ihn im Vordergrund stehen. Das nächste Wiedersehen ist nie weit.

Herzlichen Glückwunsch auch an alle weiteren Preisträger\*innen, die mit ihrem Engagement Hoffnung für ein demokratisches Thüringen geben!



## CSDs in Thüringen 2024 Ein Zeichen für Vielfalt, Mut und Sichtbarkeit

Die *Christopher Street Days (CSDs)* in Thüringen setzen ein starkes Zeichen für Vielfalt und Solidarität. Sie sind das Bekenntnis der LGBTQIA+-Community zu ihren Rechten und zur Sichtbarkeit in einer Gesellschaft, in der Gleichberechtigung oft nicht selbstverständlich ist. Besonders in ländlichen Regionen ist es entscheidend, sichtbar zu sein. Gerade dort erfahren queere Menschen Anfeindungen, während gleichzeitig Unterstützungsstrukturen fehlen. Die CSDs wären ohne den unermüdlichen Einsatz engagierter Ehrenamtlicher für Toleranz und Akzeptanz undenkbar. Dabei senden sie ein – gerade jetzt – dringend nötiges Signal: Niemand ist allein. Es gibt Menschen, die euch verstehen, mit denen ihr euch austauschen und vernetzen könnt. In



diesem Jahr reisten zu den CSDs zudem vielfach Menschen aus anderen Städten und Bundesländern an. Diese Solidarität stärkt das Gefühl der Gemeinschaft und zeigt, dass die Community und ihre Allies zusammenstehen.

Dennoch bleibt die Realität herausfordernd: So kam es rund um die CSDs zu Anfeindungen, z. B. durch »Hitlergrüße« und in dem Teilnehmer\*innen bespuckt wurden. Solche Reaktionen verdeutlichen die Dringlichkeit und Wichtigkeit der CSDs. Sie ordnen sich zudem in wiederkehrende Angriffe auf queeres Leben in Thüringen ein. Diese reichen von Anträgen, mit denen gendersensible Sprache z. B. in Schulen verboten werden soll, über queerfeindliche Hatespeech, bis hin zu körperlichen Angriffen und Bedrohungen. Bei diesen gehen wir von einer hohen Dunkelziffer aus, u. a. auf Grund der geringen Anzeigebereitschaft unter Betroffenen – dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Umso dankbarer sind wir für das unermüdliche Engagement von Organisator\*innen und Unterstützer\*innen, die CSDs auch in den ländlichen Raum bringen, wie erstmalig in diesem Jahr

nach Sonneberg. Jeder Schritt auf diesem Weg, ist ein Schritt hin zu einer offeneren, toleranteren Gesellschaft.



## ZWEITAUSEND- FÜNFUNDZWANZIG

### Ein Appell!

Das Jahr 2024 markiert einen bedrohlichen Wendepunkt: Die extreme Rechte verzeichnet Erfolge auf allen Ebenen – ob durch Wahlergebnisse bei den ostdeutschen Landtagswahlen, durch eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses zu ihren Gunsten oder durch den sogenannten »Kampf um die Straße«, eine klassische Neonazi-Strategie, um für marginalisierte Gruppen Angsträume zu schaffen. Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalt nehmen zu und treffen jene besonders hart, die ohnehin schon marginalisiert werden.

Für viele war diese Entwicklung vorhersehbar. Manche nehmen die neue Realität pragmatisch hin, andere sind frustriert oder fühlen sich ohnmächtig. Doch für Betroffene von Rassismus, Antisemitismus, Queer-, Linken- und Demokratiefindlichkeit ist dies mehr als ein politisches Problem – es ist eine existentielle Bedrohung. Insbesondere Geflüchtete leiden unter der doppelten Last rassistischer

Gewalt und einer immer repressiveren Asylpolitik.

Dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen, ist keine leichte Aufgabe. Es ist nicht mit Worten, Social-Media-Posts oder einer Kampagne getan. Vielmehr braucht es eine tief verwurzelte, solidarische Praxis. Eine Praxis, die darauf abzielt, allen – vor allem aber denjenigen, die vom autoritären Umbau unserer Gesellschaft besonders betroffen sind – ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Wir müssen an die Geschichten von Solidarität anknüpfen, die in Ostdeutschland starke Vorbilder hervorgebracht hat – wie den ehemaligen Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König, der am 21. Oktober 2024 verstorben ist. Er steht beispielhaft für all jene, die vor Ort konkrete Unterstützung leisten, indem sie den Austausch mit marginalisierten Gruppen suchen, Selbstorganisation fördern, Schutzräume schaffen und konkrete Unterstützung ermöglichen. Diese Arbeit ist oft kleinteilig, braucht einen langen Atem und bringt meist keine Anerkennung. Aber sie ist wichtiger denn je. Denn Solidarität ist eine Stärke, die genutzt werden muss. Deswegen wenden wir uns im Blick auf die kommende Zeit mit einem Appell an Euch: **Solidarisch bleiben!** ◀

---

# elly

Beratungsstelle für Betroffene  
von Hatespeech in Thüringen



## Rückblick und Ausblick

---

Auch wenn das Jahr von politischen und finanziellen Unsicherheiten geprägt war, gibt es bei uns Grund zur Freude: Unser *elly*-Team ist weiter gewachsen und wir haben unser Netzwerk in und über Thüringen hinaus weiter ausgebaut. So konnten wir mehr Menschen erreichen und unsere Sichtbarkeit stärken. Besonders nach dem Superwahljahr in Thüringen spüren wir, wie angespannt das politische Klima ist – und wie wichtig unsere Arbeit geworden ist.

Wir sind auch aktiver in der Öffentlichkeitsarbeit. Ein Highlight ist unser monatliches Q&A-Format. Hier beantworten Expert\*innen und Betroffene live auf *Instagram* Fragen zu Themen, die unsere Community bewegen – von rechtlichen Begriffen bis zu persönlichen Erfahrungen. Seid dabei! Und wenn ihr mehrsprachige Flyer braucht, schaut auf unserer Website vorbei. Bald gibt's auch eine neue Broschüre

und auf *TikTok* starten wir ebenfalls bald durch – bleibt gespannt!

Obwohl die finanzielle Lage immer noch unklar ist, kämpfen wir weiter. Die stetig wachsende Zahl an Beratungsanfragen zeigt uns: *elly* ist unverzichtbar in Thüringen. Wir werden gebraucht und das motiviert uns, noch mehr zu tun.



## Hass im Netz anzeigen?

---

***Kann man die Drohmails gegen das lokale Demokratie-Bündnis eigentlich anzeigen? Oder das rechtsextreme Bild im WhatsApp-Status des entfernten Bekannten?*** Wir werden oft gefragt, was man denn anzeigen kann. Und ob sich das überhaupt lohnt.

Das Stellen einer Anzeige kann Vor- und Nachteile haben. Nachteile sind z. B., dass sich Verfahren oft lange ziehen und manchmal eingestellt werden. Das kann frustrierend sein. Außerdem taucht man als Anzeigensteller\*in namentlich in den Polizeiakten auf und auch die Täter\*innen erfahren unter Umständen den Namen und die Adresse.

Vorteile sind z. B., dass das Ausmaß von Hatespeech dokumentiert wird und das Problem damit sichtbarer wird. Außerdem werden die Täter\*innen zur Verantwortung gezogen – das kann abschreckend wirken.

**Wie stellt man am besten eine Anzeige bei Hass im Netz?** Am einfachsten geht es über die Onlinewache der Polizei. Einfach das Formular ausfüllen und Screenshots (als Beweismittel) hochladen. Wenn du Sorge hast, bei der Anzeigenstellung deine Adresse anzugeben, kontaktiere gerne unsere Beratungsstelle. Wir unterstützen auch gerne bei der Erstellung der Anzeige und der rechtssicheren Screenshots.

Nach Absenden der Anzeige erhältst du eine Mail mit einer Vorgangsnummer. Später erhältst du in der Regel einen Brief mit Infos, wie das Verfahren weiter geht. Bei manchen Delikten musst du noch einen Strafantrag stellen, z. B. bei Beleidigungen.

**Bei Fragen zum Thema Hatespeech anzeigen kannst du dich gern an uns wenden – per E-Mail, Website oder Telefon!**

**elly** berät dich in  
thüringen bei allen  
wichtigen Fragen rund  
um #hatespeech

[www.elly-beratung.de](http://www.elly-beratung.de)

☎ 0361. 66 33 62 60

✉ [info@elly-beratung.de](mailto:info@elly-beratung.de)

🐦 [@elly\\_Beratung](https://twitter.com/elly_Beratung)

📷 [/elly\\_against\\_hatespeech/](https://www.instagram.com/elly_against_hatespeech/)

📘 [elly\\_against\\_hatespeech](https://www.facebook.com/elly_against_hatespeech)

🎵 [@elly\\_against\\_hatespeech](https://www.tiktok.com/@elly_against_hatespeech)

🐦 [@elly-beratung.bsky.social](https://www.bsky.social/elly-beratung.bsky.social)



# IMPRESSUM



Beratung für Betroffene rechter, rassistischer  
und antisemitischer Gewalt in Thüringen

Juri-Gagarin-Ring 96/98  
99084 Erfurt

**Tel** 0361.21 86 51 33

**Fax** 0361.21 86 30 13

**Email** info@ezra.de

[www.ezra.de](http://www.ezra.de)

**Gestaltung** Franziska Stübgen

**Illustrationen** Slinga

**V.i.S.d.P.** Franz Zobel

ezra ist ein Projekt in Trägerschaft von

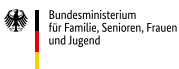


Rundum engagiert: solidarische  
Unterstützung in Thüringen e.V.

ezra wird im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit *DenkBunt* und des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des TMBJS oder des BMFSFJ dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.



Thüringer Landesprogramm  
für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit



Demokratie *leben!*

## Dank

Auch in den vergangenen Monaten haben viele Menschen in den Opferhilfsfonds der EKM für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen gespendet und so bei der materiellen und finanziellen Aufarbeitung der Gewalterfahrungen unterstützt. Dafür möchten wir Ihnen und Euch danken! Leider mussten wir auch erleben, dass kontinuierliche Begleitung und Vertretung durch eigene Rechtsanwält\*innen in Strafprozessen nicht ohne die Garantie einer Kostenübernahme gesichert werden kann. Daher möchten wir weiterhin dazu motivieren, für diesen Fonds zu spenden, eine gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und dazu beizutragen, Betroffene im Sinne einer praktischen Solidarität bestmöglich zu unterstützen.

## Spendenkonto

Ev. Kirche Mitteldeutschland

**IBAN** DE26 5206 0410 0008 0000 00

**Bank** Evangelische Bank

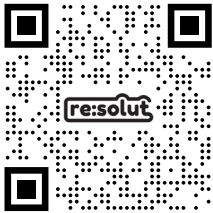
**BIC** GENO DEF 1EK1

**Kennwort** Opferhilfsfonds

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Bei Beträgen bis zu 300 € gilt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung. Bei höheren Spendenbeträgen senden wir auf Wunsch gern eine Spendenbescheinigung zu. Nehmen Sie hierzu bitte Kontakt mit unserer Geschäftsstelle auf.

RE-SOLUT.ORG/BETTERPLACE

# WETTERFEST MACHEN!



## Spende für die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Rechte Gewalt trifft Menschen – online und offline. Rassistische und antisemitische Gewalt erreichten in Thüringen 2023 einen historischen Höchststand. *ezra* und *elly* stehen den Betroffenen professionell zur Seite, begleiten sie in Strafverfahren, vermitteln Therapeut\*innen und helfen, Entschädigungszahlungen durchzusetzen. Aber die Finanzierung der Beratungsstellen ist nicht gesichert, sie bangen Jahr um Jahr um die staatliche Förderung. Aufgrund der aktuellen politischen

Mehrheiten wird sich diese Unsicherheit weiter verschärfen – gerade in Thüringen. Mit deiner Spende hilfst du, die wichtige Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt zu erhalten. Denn mit deiner Hilfe baut der Trägerverein *re:solut* e.V. eine Rücklage für den Notfall auf. **Spende jetzt bei Betterplace – damit Hilfe bleibt!**

